

Post-Pandemic Populations

Fazit – der Blick nach vorn

Emily Lines

Population Europe / Max-Planck-Institut für demografische Forschung

Veröffentlicht am

27. Mai 2021

Für weitere Informationen

Population Europe

WissenschaftsForum
Markgrafenstraße 37
10117 Berlin, Germany

Mediananfragen

+49 (0)30 2061 383 - 30
office@population-europe.eu

Fazit – der Blick nach vorn

Emily Lines

Population Europe / Max-Planck-Institut für demografische Forschung

Durch die COVID-19-Pandemie stehen die Menschen, Regierungen und Gesellschaften vor großen Herausforderungen. Nachdem sie ein Jahr unter Pandemiebedingungen gelebt haben, besteht durch die begonnene Verteilung der Impfungen Anlass zur Hoffnung, dass das Leben wieder zu einer gewissen Normalität zurückkehren wird. Doch mit jedem Schritt, mit dem wir uns auf das Ende der Pandemie zubewegen, wird deutlich, dass sich die Gesellschaften verändert haben und dass das Leben aller Menschen in unterschiedlichem Maße durch die Pandemie beeinflusst wurde. Auf dem Weg in die Zukunft haben Wissenschaftler*innen bereits einige wichtige Erkenntnisse gewonnen, die nicht in Vergessenheit geraten sollten.

Veränderungen der Mortalität und Lebenserwartung

Im Zuge der Pandemie sind unzählige Leben verloren gegangen, und die Aufmerksamkeit der Menschen hat sich vor allem auf die steigenden Mortalitätsraten fokussiert. Kurzfristig werden die Mortalitätsraten aufgrund der COVID-19-Pandemie höher ausfallen – zumindest für das Jahr 2020. **Markus Sauerberg** merkte hierzu an, dass dies zum Teil in vielen Ländern auf mangelndes Testen in der Anfangszeit der Pandemie zurückgeführt werden könne, was bedeutete, dass nur Menschen mit schwerwiegenden Symptomen getestet wurden. Dies kann zu einer höheren Fallsterblichkeit im frühen Stadium der Pandemie beigetragen haben. Im Vergleich zu anderen Ländern bewegt sich die Übersterblichkeit in Deutschland auf einem relativ niedrigen Niveau, sogar unter Einbeziehung der steigenden Todeszahlen seit Oktober 2020. Doch es muss noch untersucht werden, welche Maßnahmen dazu beigetragen haben, dass es bestimmten Ländern „besser“ gelungen ist, eine höhere Todesrate abzuwenden.

Bestimmte Gruppen sind durch das Virus stärker gefährdet. **Jan Paul Heisig** erläutert, dass Wissenschaftler*innen Ungleichheiten abhängig vom Migrationshintergrund oder der ethnischen Zugehörigkeit in Schweden, den USA und dem Vereinigten Königreich identifizieren konnten. Leider ist es bisher in Bezug auf Deutschland noch nicht möglich gewesen, die mit den gesundheitlichen Auswirkungen des COVID-19-Virus zusammenhängenden sozialen Ungleichheiten zu untersuchen. Heisig betonte, dass bessere Daten benötigt werden, um diese sozialen Ungleichheiten in puncto Gesundheit besser zu erfassen. Dann wäre man auch in der Lage, Hauptrisikofaktoren zu identifizieren und letztlich alle Mitglieder der Gesellschaft besser zu schützen. **Elena von der Lippe** betonte, wie wichtig es sei, dass Regierungen Programme zur gesundheitlichen Intervention und Vorsorge förderten, um auf diese Weise zu einer Reduzierung gesundheitlicher Ungleichheiten beizutragen. Durch solche Bemühungen könnte das erhöhte Risiko für einen schweren COVID-19-Verlauf bei bestimmten Gruppen gesenkt werden.

Gabriele Doblhammer und **Heike Trappe** führten aus, dass Personen mit chronischen Erkrankungen durch die Unterbrechungen in der medizinischen Grundversorgung zusätzlichen Belastungen ausgesetzt seien, da Diagnosen später gestellt würden und die weitere medizinische Versorgung so verzögert erfolgen würde. Die Verzögerung von medizinischen Behandlungen sei ein wichtiger Grund dafür, dass in der Zukunft möglicherweise ein durch andere Krankheiten verursachter Anstieg der Mortalität zu erwarten sei. In Deutschland – wie in fast allen Ländern – haben Störungen der medizinischen Versorgung dazu geführt, dass weniger Menschen in die Krankenhäuser eingewiesen wurden und elektive Operationen verschoben wurden. Derlei Verzögerungen könnten die Behandlungschancen von Patienten, zum Beispiel im Falle von Krebserkrankungen, signifikant beeinflusst haben. Die frühzeitige Behandlung im Fall von Krebsdiagnosen spielt eine wichtige Rolle,

wenn es darum geht, die Zahl der Todesfälle zu senken. Es ist zu erwarten, dass die durch die Pandemie entstandenen Verzögerungen zu einem Anstieg der Mortalitätsraten aufgrund von Krebserkrankungen führen werden.

Hinzu kommt, dass noch nicht klar ist, wie sich COVID-19 langfristig auf die Gesundheit von Infizierten auswirkt, was wiederum Einfluss auf die künftige Entwicklung der Lebenserwartung hat. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Lebenserwartung um ungefähr ein Jahr verringern wird, wobei diese Abnahme jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach nicht von Dauer sein wird. Ob die Lebenserwartung wieder das Niveau von 2019 erreichen wird, hängt **Albert Esteve** und **Sergi Trias-Llimós** zufolge zum Teil davon ab, in welchem Ausmaß mit COVID-19 infizierte Personen langfristige gesundheitliche Folgen davontragen werden. Ein weiterer Faktor ist, inwieweit man in der Lage sein wird, das Virus zu kontrollieren, und ob Abstandsregeln sowie Hygienemaßnahmen weiterhin befolgt werden (beispielsweise gründlicheres Händewaschen und das Tragen von Masken). Wir konnten sehen, dass es Gesellschaften aufgrund dieser Vorsichtsmaßnahmen im Jahr 2020 geschafft haben, die sonst übliche Grippewelle zu umgehen. Sowohl Sauerberg als auch Doblhammer und Trappe postulieren in ihren Beiträgen, dass sich die Lebenserwartung der älteren Bevölkerungsgruppen langfristig wieder verbessern könne, sofern die Hygienemaßnahmen, die im Zuge der Pandemie ergriffen wurden, weiter umgesetzt werden.

Herausforderungen für die jüngeren und älteren Generationen

Aufgrund der Lockdowns und geltenden Kontaktbeschränkungen mussten alle Menschen lernen, mit größerer gesellschaftlicher Isolation umzugehen. Doblhammer und Trappe stellen in ihrem Beitrag fest, dass insbesondere die mentale Gesundheit der jüngeren Generationen darunter gelitten hat. Verglichen mit anderen Altersgruppen hatten vor allem Jugendliche und junge Erwachsene, die sonst viele soziale Kontakte hatten, während der Pandemie mit seelischen Belastungen zu kämpfen und fühlten sich einsam und depressiv. Sie verspürten eine stärkere Unsicherheit, da sie nicht wussten, was die Pande-

mie für ihre Zukunft bedeuten würde, etwa in Bezug auf den Übergang zum Studium, den Berufseinstieg, künftige Beziehungen oder die Familienplanung. Auch finanziell waren junge Erwachsene aufgrund ihrer geringeren Einkommen und häufig unsicheren Arbeitsverhältnisse stärker betroffen als ältere Erwachsene. Doblhammer und Trappe argumentieren, dass dies einen Kohorteneffekt nach sich ziehen und die sozialen Ungleichheiten in Bezug auf die Familiengründung, Gesundheit und Lebenserwartung vergrößern könnte.

Richtet man den Blick gezielt auf Kinder im Schulalter, so stellt man fest, dass die Schulschließungen und die andauernde Diskussion darüber, ob die Kinder wieder in die Klassenzimmer zurückkehren sollten, auch an ihnen nicht spurlos vorübergegangen sind. **Arun Frey** hat angemerkt, dass die Schließungen aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer ungleichen Verteilung der Lebenschancen für Kinder führen werden und die Chancen eines Kindes dabei in erster Linie von dessen familiärem und sozialem Hintergrund abhängen. In seiner Studie ging es zwar primär um Kinder in den Niederlanden, doch er postuliert, dass deutsche Kinder wahrscheinlich aufgrund der Länge der Lockdowns und der schlechten digitalen Infrastruktur der Schulen noch schlechter abschneiden. Die diversen Herausforderungen, mit denen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen konfrontiert sind, könnten die soziale Ungleichheit zukünftig weiter vergrößern. Dies verdeutlicht, dass politische Entscheidungsträger*innen Maßnahmen ergreifen müssen, um die Auswirkungen der Lernverluste aus dieser Zeit abzufedern, und Wege gefunden werden müssen, um ein besseres Lernen auf Distanz zu ermöglichen, solange die Pandemie andauert.

Ältere Erwachsene bilden eine weitere Gruppe, für die die gesellschaftliche Isolation erhebliche Folgen hatte. Sowohl **Markus Wettstein** und **Hans-Werner Wahl** als auch Doblhammer und Trappe diskutieren dieses Thema in ihren Beiträgen. Es wurde versucht, die älteren Mitglieder – vor allem die Hochrisikogruppe der Pflegeheimbewohner*innen – durch strikte Isolierung und durch eine Reduzierung der Kontakte mit Besucher*innen vor dem Virus zu schützen. Aus epidemiologischer Sicht gab es berechtigte Gründe für diese Maßnahmen, doch die fehlenden Kontakte führten in der Folge zu sozialer Isolation. In beiden Beiträgen wird angemerkt, dass es durch

Isolation zu Depressionen, Angstzuständen und Einsamkeit kommen kann, wodurch das Risiko, krank zu werden oder zu sterben, steigen kann. Daraus ergibt sich die Forderung nach alternativen Konzepten für den Schutz von Pflegeheimbewohner*innen, die nicht nur auf der Maßgabe der strikten sozialen Isolation aufbauen, sondern in deren Mittelpunkt das Testen und Impfen steht.

Um die Isolation in Pandemiezeiten etwas abzumildern, kamen 2020 verstärkt digitale Technologien zum Einsatz. **Alexandra Langmeyer** berichtet von Großeltern, die via Handy oder Videoanruf mit ihren Enkeln kommuniziert und interagiert haben, was vor der Pandemie so nicht der Fall war. Doch obwohl digitale Technologien als Ersatz für persönliche Treffen genutzt wurden, kamen diese Wettstein und Wahl zufolge nicht zwangsweise häufiger zum Einsatz. Ältere Menschen waren während der Pandemie digital weiterhin außen vor, wodurch sie noch stärker isoliert waren.

Eine weitere Herausforderung stellte im Zuge der Pandemie die Pflege von älteren, nicht in Pflegeheimen wohnenden Menschen dar. Der Lockdown und die Reise- und Kontaktbeschränkungen hatten erhebliche Folgen für Pflegefachkräfte, vor allem jene, die grenzüberschreitend tätig sind. **Susanne Bartig und ihre Kolleg*innen** fanden in einer Studie heraus, dass es durch die für die Ein- und Ausreise geltenden Beschränkungen schwieriger war, die häusliche Pflege mithilfe dieser Gruppe während der Pandemie auf gleichem Niveau sicherzustellen. Pflegedienste und Pflegekräfte passten sich der Situation an, doch die prekäre Situation ausländischer Pfleger*innen trat durch die Pandemie noch einmal deutlicher hervor. Es hat sich deutlich gezeigt, dass gesetzliche Regelungen und Standards benötigt werden, damit die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert und die Qualität in der häuslichen Pflege sichergestellt werden kann.

Folgen für Frauen

Es war auch schon zu Beginn des ersten Lockdowns absehbar, dass die Pandemie mit starken wirtschaftlichen Auswirkungen verbunden sein würde. **Markus M. Grabka** und **Carsten Schröder** zeigen in ihrem

Beitrag auf, wie sich die Pandemie auf dem Arbeitsmarkt auswirkt und welche Folgen das für einen Großteil der Erwerbstätigen hat. Die Zahl der Arbeitslosen ist gestiegen, Menschen fanden keine neuen Jobs und bei vielen sank das Einkommen. Menschen fingen an, von zu Hause zu arbeiten, insbesondere jene mit hohen Bildungsabschlüssen und höheren Einkommen. Doch im weiteren Verlauf der Pandemie kristallisierten sich neue Risikogruppen heraus. Hierzu zählten erwerbstätige Frauen, da sie öfter arbeitslos wurden als Männer. Besonders betroffen war die Gruppe der „Minijobber“, die in Schwierigkeiten gerieten, weil sie keinerlei Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben, und von denen zwei Drittel Frauen waren. Die wirtschaftliche Unsicherheit spielt auch in puncto Fertilität eine Rolle. Es wird davon ausgegangen, dass die Fertilität abnehmen wird, weil sich Paare entscheiden, ihren Kinderwunsch aufgrund einer ungewissen Zukunft aufzuschieben. Aus diesem Grund wird es von großer Bedeutung sein, dass politische Entscheidungsträger*innen Wege finden, um den Wohlstand und das Wohlergehen der Bevölkerung zu sichern.

Die Schließungen von Schulen und Kindertagesstätten haben den Alltag in den Familien beeinträchtigt, insbesondere den der Frauen. Langmeyer schlägt vor, dass nicht nur Eltern mit systemrelevanten Berufen, sondern alle erwerbstätigen Eltern einen Notbetreuungsanspruch haben sollten, um zu verhindern, dass sie für die Kinderbetreuung auf die Hilfe der Großeltern zurückgreifen müssen. Im Rahmen einer Studie hat das Deutsche Jugendinstitut festgestellt, dass viele Familien, vor allem die mit sehr kleinen Kindern – trotz der Forderungen, den Kontakt zu beschränken – ihre Kinder durch die Großeltern betreuen ließen. Vielen Familien blieb nach Schließung der Kindertagesstätten und Schulen nichts anderes übrig.

Dass Familien für die Kinderbetreuung auf die Unterstützung der Großeltern angewiesen waren, kommt auch in dem Beitrag von **Alessandra Minello** zur Sprache, in dem sie die fortwährende ungleiche Aufteilung der Kinderbetreuung und Hausarbeit zwischen den Geschlechtern hervorhebt (Gender Gap). Obwohl es zu Beginn Anzeichen für eine gleichberechtigtere Aufteilung der Haus- und Care-Arbeit gab, kümmerten sich in vielen Haushalten immer noch eher die Frauen um diese Aufgaben als die Männer. Die „traditionelle“ Rollenverteilung schien durch die

Pandemie verstärkt worden zu sein, und es kam selten vor, dass Väter die ausschließliche Verantwortung für die Care-Arbeit für Kinder und ältere Familienmitglieder übernahmen. Deswegen muss die Regierung auch zukünftig weiterhin die Erwerbstätigkeit von Frauen, das väterliche Engagement in der Care-Arbeit und einen Mentalitätswandel in puncto Aufteilung der Care-Arbeit fördern.

Verbesserung der Erhebung von Daten

Aus allen hier vorliegenden Beiträgen geht hervor, dass mehr und bessere Daten benötigt werden, um sämtliche Auswirkungen der Pandemie besser zu verstehen. **Andreas Backhaus** erklärt hierzu in seinem Beitrag, dass die Pandemie uns die Schwächen der Dateninfrastrukturen vor Augen geführt habe; das gelte vor allem für Deutschland. Die anderen Verfasser*innen teilen diese Ansicht. Das finge bei den Mortalitätsdaten an, die oft nicht schnell verfügbar und leicht abrufbar seien und auch nicht zentral gesammelt würden. Sauerberg hat angemerkt, dass es zudem schwierig gewesen sei, die Zahlen der auf COVID-19 zurückzuführenden Todesfälle miteinander zu vergleichen, weil die einzelnen Länder die Todesursache nicht einheitlich klassifizierten. Dadurch ergebe sich eine ungenaue Unterscheidung zwischen jenen, die aufgrund der Infektion mit dem Virus verstorben sind, und jenen, die sich zwar mit dem Virus infiziert hatten, aber aus anderen Gründen verstorben sind.

Im Zuge der Pandemie sind bereits zahlreiche Studien durchgeführt worden, die untersuchen, welche Folgen sich aus ihr für die verschiedensten Lebensbereiche ergeben. Doch es fehlte an dieser Stelle an Koordination und die Daten lassen sich nicht einfach miteinander vergleichen. Für ein besseres Verständnis der Auswirkungen der Pandemie ist es jedoch sehr wichtig, dass Daten aus der Zeit der Pandemie mit davor und danach erhobenen Daten verglichen werden können. Hier müssen Anstrengungen dahingehend unternommen werden, dass die Vergleichbarkeit und Zusammenführbarkeit von Daten gewährleistet wird und datentechnische Infrastrukturen besser miteinander verbunden werden, sodass individuelle Datensätze in größere administrative Datenbanken eingespeist werden können.

Alle an diesem Diskussionspapier beteiligten Verfasser*innen haben betont, dass an dieser Stelle ein großer Verbesserungsbedarf besteht. Wissenschaftler*innen aus allen Bereichen der Forschung benötigen für ihre Arbeit repräsentative, verlässliche, leichter zugängliche und vergleichbare Daten auf nationaler Ebene. Nur so können Regierungen und Gesellschaften die gesellschaftlichen Auswirkungen der Pandemie vollständig überblicken. Mithilfe solcher Daten wäre die Wissenschaft in der Lage, politische Entscheidungsträger*innen mit den evidenzbasierten Informationen zu versorgen, die spezifische Daten benötigen, um angemessene politische Entscheidungen zu treffen und den Bedürfnissen der unterschiedlichen Gruppen Rechnung zu tragen. Zum Beispiel werden in Deutschland mehr Daten benötigt, um zu untersuchen, in welchem Maße sich die Pandemie auf das Leben von Gruppen mit verschiedenen sozioökonomischen Merkmalen und ethnischen Zugehörigkeiten ausgewirkt hat und welche Bedürfnisse Kinder aufgrund der Schulschließungen genau haben. Es sollten schon jetzt Maßnahmen ergriffen werden, um sowohl die Erhebung und Verfügbarkeit von Daten zu verbessern als auch die Erstellung neuer Umfragen mit schon vorhandenen Daten abzustimmen, sodass Vorher-Nachher-Vergleiche angestellt werden können.

Die in diesem Diskussionspapier gesammelten soziodemografischen Einblicke geben einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Pandemie. Es liegt auf der Hand, dass wir die Folgen der Pandemie noch lange nach ihrem Ende spüren werden. Wissenschaftler*innen werden noch jahrelang damit beschäftigt sein, sie zu untersuchen und zu analysieren, und politische Entscheidungsträger*innen werden Wege finden müssen, um mit den langfristigen Folgen umzugehen. Nur wenn sie eine bessere Vorstellung davon haben, wie sich die Pandemie auf das Leben von Schulkindern, Familien, Frauen, älteren Generationen und Menschen mit unterschiedlichen sozioökonomischen Hintergründen ausgewirkt hat, können politische Entscheidungsträger*innen und die Gesellschaften zielgenauere Unterstützung für die Gestaltung der Zukunft bereitstellen.